

# Der Sozialstaat wird nicht überrannt

Nur 68.000 Selbstständige beantragten bisher wegen Corona Hartz IV, obwohl dies erleichtert wurde

Von Hannes Koch

Die Pandemie hat manches bewirkt – in Deutschland auch eine Sozialreform. Seit März dieses Jahres ist es viel einfacher, Grundsicherung (Hartz IV) zu bekommen. Im Gegensatz zu früher müssen die Antragsteller\*innen erhebliche Vermögen nicht mehr angeben. Und die Jobcenter sollen auch Wohnungskosten übernehmen, die sie vor Corona niemals akzeptiert hätten. Besonders Selbstständige und Kleinunternehmer\*innen profitieren davon. Nun ist es Zeit für erste Erfahrungsberichte – und vielleicht Lehren, die man daraus ziehen könnte.

„Manche Leute machten sich große Sorgen, dass sie ihre Wohnungen verlassen müssten, weil sie die Miete nicht mehr zahlen konnten“, sagt Renate Stark, eine Beraterin der Caritas in Berlin. „Doch das Jobcenter zahlte die Mieten mehr oder weniger anstandslos.“ Astrid Mast, die Geschäftsführerin des Jobcenters Esslingen bei Stuttgart, berichtet: „Die allermeisten Anträge wurden bewilligt, nur einzelne abgelehnt, weil das Vermögen über 60.000 Euro lag.“ In Esslingen arbeiten bereits seit Jah-

ren einige Spezialist\*innen, die vor allem Selbstständige beraten. Ab März meldeten sich bei ihnen rund 150 Gastronomen, Grafikerinnen, Künstler, Dolmetscher, Friseurinnen, aber auch Rechtsanwältinnen oder Fahrlehrer – allesamt Leute, deren Kleinfirmen plötzlich keine Einnahmen mehr hatten.

Auch Ralph Lauhoff-Baker vom Jobcenter in Bielefeld sagt: „Nach unseren Rückmeldungen sind die Erfahrungen mit dem vereinfachten Verfahren ganz überwiegend positiv.“ Die Sachbearbeitung werde durch den vorübergehenden „Wegfall von Prüfungserfordernissen entlastet, und das vereinfachte Verfahren bietet den Rahmen, über die hohe Anzahl an Anträgen zeitnah zu entscheiden“.

Konkret hat die Bundesregierung ab März diese Erleichterungen eingeführt: Antragsteller\*innen können Hartz IV auch dann bekommen, wenn sie 60.000 Euro Vermögen haben, beispielsweise für die Rente. Pro Haushaltsmitglied kommen 30.000 Euro Freigrenze hinzu, Betriebskapital bleibt ebenfalls außen vor. „Für die Höhe der Mieten, die wir übernehmen, gibt es bis zunächst 30. September keine Obergrenze“, er-

Für viele ein unangenehmer Weg: Hinweisschild zum Jobcenter in Berlin-Mitte  
Foto: Heinrich Holtgrevel/Ostkreuz



gänzt Geschäftsführerin Mast. 1.500 Euro warm pro Monat für eine große Wohnung? Kein Problem, das Jobcenter überweist.

Angesichts der Verbesserungen wirkt es allerdings erstaunlich, wie wenige Selbstständige seit März überhaupt Grundsicherung beantragten. Nach den neuen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit vom Mittwoch waren es von April bis Juni nur gut 68.000 Bundesweit. Als die Bundesregierung ihr Sozialschutzpaket beschloss, rechnete sie mit einer Million Antragstel-

ler\*innen aus dem Kreis der freien Berufe und Soloselbstständigen.

Die niedrige Zahl lässt sich in zwei Richtungen interpretieren. Einerseits wurden die Hürden bei Hartz IV nur gesenkt, nicht abgeschafft. Wer Grundsicherung erhalten will, muss weiterhin seine oder ihre Bedürftigkeit nachweisen. Das bedeutet etwa, dass zunächst Ehe- und Lebenspartner\*innen mit ausreichendem Einkommen für den Lebensunterhalt verantwortlich sind, nicht der

Staat. Das mag potenzielle Bewerber\*innen abschrecken.

Andererseits zeigte sich aber wohl auch, dass der Sozialstaat nicht überrannt wird, selbst wenn er sich kulant verhält. Viele Leute wollen offenbar keine Nothilfe, wenn sie nicht wirklich in Not sind. Das gilt übrigens nicht nur für die Selbstständigen, sondern auch für die große Gruppe der Hartz-IV-Berater\*innen, deren Zahl trotz Corona im Jahresvergleich nur um 150.000 auf gut vier Millionen stieg. Einen „echten Feldver-

„Das Jobcenter zahlte die Mieten mehr oder weniger anstandslos“

Renate Stark, Beraterin bei der Caritas, Berlin

such“ nennt die Erleichterungen deshalb Ulrich Schneider, Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbands. Der Sozialstaat funktioniere auch ohne „Sanktionen und Drangsalierungen“.

Folglich befürwortet Schneider, dass die Reform auch nach Corona beibehalten wird. Bisher ist sie bis Ende September befristet, vielleicht gibt es eine Verlängerung, aber dann will die Regierung sie wohl zurücknehmen. Außerdem verlangt der Verband „eine sehr erleichterte Einkommensprüfung, die ständige Neuanträge überflüssig macht“. Besonders bei älteren Menschen in der Grundsicherung sei eine Überprüfung alle zwei Jahre ausreichend.

Obwohl der Paritätische eine „sanktionsfreie“ Grundsicherung fordert, will er von einem Grundeinkommen für alle nichts wissen. Die Befürchtung: Dem würden die bisherigen Sozialleistungen geopfert. Für viele Unterzeichner\*innen der aktuellen Petitionen für ein bedingungsloses Grundeinkommen sieht die Sache anders aus: Sie fühlen sich ermutigt und betrachten die coronabedingte Hartz-Reform als Schritt in Richtung ihrer Vision.

## Gedenkstätten-Stiftungschef verhöhnt Opfer der NS-Diktatur

Siegfried Reiprich, Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, bezeichnet die Stuttgarter Krawalle als „Bundeskristallnacht“. Linksfraktion fordert seinen sofortigen Rücktritt

Von Michael Bartsch

Wohlgeitert war Siegfried Reiprich in Sachsen noch nie. Die in den vergangenen Jahren leiser gewordene Kritik am Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten bezog sich allerdings auf fachliche Probleme und seinen persönlichen Umgang mit Mitarbeitern. Nur fünf Monate vor seiner auf eigenen Wunsch vorgezogenen Pensionierung hat er nun mit einem Tweet zu den Stuttgarter Krawallen auch überregional für Empörung gesorgt.

„War da nun eine Bundeskristallnacht oder ‚nur‘ ein südwestdeutsches Scherbenmächtle? Das wollen wir doch hoffen, und mehr; weg damit! Braucht keiner“, schrieb er am 29. Juni, eine gute Woche nach den Ausschreitungen und Plünderungen in der Stuttgarter Innenstadt. Einen Tag später kontaktierte er die Flut von kritischen Einträgen

mit einem Zitat des Publizisten und Journalisten Peter Scholl-Latour: „Wir geraten in die Position einer bedrohten Minderheit.“ „Wir Weißen, Kaukasier, oder wie immer man es nennen will“, fügte Reiprich hinzu. Siegfried Reiprich gehörte in der DDR gemeinsam mit dem

Reiprich gehörte in der DDR zu oppositionellen Arbeitskreis Literatur und Lyrik

heutigen Stasi-Bundesbeauftragten Roland Jahn und dem sächsischen Landesbeauftragten Lutz Rathenow zum oppositionellen Arbeitskreis Literatur und Lyrik in Jena. Er durfte nicht studieren und wurde zur Ausbürgerung in den Westen gedrängt. 2009 wurde er auf

Betreiben der CDU zum Geschäftsführer der Gedenkstättenstiftung gewählt und 2014 für sieben Jahre wiedergewählt.

„Ich distanziere mich scharf von den jüngsten Äußerungen des Geschäftsführers“, teilte nun CDU-Kulturministerin Barbara Klepsch mit. Sie ist auch Vorsitzende des Stiftungsrates der Gedenkstättenstiftung. „Der angelegte Vergleich zwischen den jüngsten Krawallen in Stuttgart und den NS-Pogromen 1938 verkennt die Wesensmerkmale von politischer Gewaltherrschaft. Das widerspricht klar dem Sinn der Gedenkstättenarbeit“, fügt Klepsch hinzu. Sie kündigte an, den Stiftungsrat kurzfristig zu einer Sondersitzung einzuladen. Möglicherweise plädiert der für eine Amtsenthebung Reiprichs.

Der Geschäftsführer solle sofort zurücktreten, „um weiteren Schaden von der Stiftung, ihren Beschäftigten und dem

Ansehen des Freistaates abzuwenden“, forderte der kulturpolitische Sprecher der Linksfraktion, Franz Sodann, im Landtag. Sein Vergleich sei „die besonders geschmacklose und perverse Fortsetzung einer Reihe von Äußerungen, mit denen er der Erinnerungskultur in Sachsen schweren Schaden zugefügt hat.“ Sodann spielt auf fünf Jahre zurückliegende Vorwürfe an, Reiprich favorisiere einseitig die DDR-Aufarbeitung zulasten der mahnenden Erinnerung an die NS-Diktatur.

Zu seinen Kontrahenten damals zählte der Direktor der Landeszentrale für politische Bildung, Frank Richter, heute für die SPD im Landtag. „Er gibt sich als Anhänger rechten Gedankenguts zu erkennen“, sagt Richter heute. Reiprich verletze damit die Opfergruppen, für die er eigentlich Verantwortung trage, und erweise der Stiftung einen Bärendienst.

## Hart getroffen von Corona

Wer nur einen Minijob hat, profitiert nicht von den erleichterten Regelungen zur Kurzarbeit

Viele MinijobberInnen mit höchstens 450 Euro Monatsverdienst sind hart von der Coronakrise getroffen. „Die Coronakrise verstärkt die Probleme des Niedriglohnsektors – vor allem für Minijobberinnen und Minijobber“, sagt der Vorstand der Bertelsmann Stiftung, Jörg Dräger.

Die Beschäftigungsquote bei Minijobbern, die aus diesen Jobs ihren Haupterwerb bestreiten, ging im März um 4,6 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat zurück, so eine am Donnerstag publizierte Studie im Auftrag der Stiftung vom DIW Econ, einer Tochter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Da Minijobber keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zahlen, entfällt ihr Anspruch auf Kurzarbeitergeld.

Seit den 1990er Jahren ist der Niedriglohnsektor in Deutschland der Auswertung zufolge

um mehr als 60 Prozent gewachsen. Im Jahr 2018 verdienten mehr als ein Fünftel aller abhängig Beschäftigten (7,7 Millionen) weniger als 11,40 Euro brutto die Stunde. Mit einem durchschnittlichen Stundenlohn von 8,40 Euro erhielt ein großer Teil von ihnen sogar weniger als den gesetzlichen Mindestlohn.

Es sind keineswegs nur die einfachen Arbeiten, die mit Niedriglöhnen vergütet werden: So waren 2018 mehr als die Hälfte der Niedriglohnbeschäftigten im Handel, in der Transport- und Lebensmittelindustrie sowie in den Bereichen Bildung, Gesundheits- und Sozialwesen tätig. Seit Mitte der 1990er Jahre ist die Zahl der Menschen mit mittleren oder höheren Qualifikationen im schlecht bezahlten Sektor um knapp eine Million gestiegen – die Gruppe machte 2018 rund 40 Prozent aus. (mit dpa)

taz am wochenende

### Saubere Sache

Julia Seeliger und Luise Zaluski haben ein Start-Up für Putzfrauen und Putzmänner gegründet. Sie zahlen fair, setzen ökologische Mittel ein und haben ein diverses Team. Sie wollen, dass man stolz auf den Beruf sein kann. Ein Gespräch

Morgen am Kiosk oder in Ihrem Briefkasten.

taz.de/we



FOTO: JULIA SEELIGER UND LUISE ZALUSKI VOM START-UP KLARA GRÜN / FOTOCREDIT: STEPHAN MESTENKOPF